

München, 30.09.2015

Arbeitsmarktzahlen: Qualifikationen von Flüchtlingen schnell erfassen, Integration erleichtern!

Sozialpolitische Sprecherin Weikert: Je eher Stand der Vorbildung erfasst wird, desto schneller kann mit Weiterbildung begonnen werden - Arbeitssuchende und Flüchtlinge dürfen nicht durch Lohndumping gegeneinander ausgespielt werden

Anlässlich der Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen fordert die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Angelika Weikert**, berufliche Qualifikationen von Flüchtlingen bereits bei der Registrierung in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu erfassen. "Je eher wir über den Stand der Vorbildung Auskunft haben, desto eher und gezielter kann mit der Nachqualifizierung gestartet werden und desto eher gelingt die Arbeitsmarktintegration für Flüchtlinge", betont die Sozialdemokratin.

Weikert regt eine "Allianz zur beruflichen Integration von Flüchtlingen" aus Staatsregierung, Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kammern und Kommunalverbänden an: "Wir müssen alle Akteure an einen Tisch bringen, um Ideen zu sammeln, Aktivitäten aufeinander abzustimmen und Reibungsverluste zu verhindern. Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird dieser Ansatz schon länger verfolgt."

Die Bedingungen, diese Herausforderungen zu meistern, sind Weikerts Ansicht nach gut. Der bayerische Arbeitsmarkt zeigt sich robust und aufnahmebereit. Im Vorjahresvergleich ist die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte auf nun 3,5 Prozent gesunken. Neben der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen dürfen auch die nach wie vor 65.000 Langzeitarbeitslosen in Bayern nicht vergessen werden. "Hier dürfen wir nicht nachlassen, sondern müssen die gute Konjunktur nutzen. Von den Mittelerhöhungen für die Jobcenter profitieren auch andere Gruppen", erklärt Weikert. Grundfalsch sei die Idee, den Mindestlohn für Flüchtlinge zu senken: "Ein prekärer Niedriglohnsektor für Flüchtlinge zieht Lohndumping für andere Arbeitskräfte nach sich. Flüchtlinge gegen Menschen mit niedrigem Einkommen auszuspielen, lehnen wir ab!"